

**Verleger:** H. Döcker in Stettin.  
**Verleger und Drucker:** H. Döcker in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
**Bezugspreis:** in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

**Anzeigen:** die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

## Deutschland.

**Berlin, 15. August.** Se. Majestät der Kaiser empfing gestern den Vize-Ober-Kammerherrn Grafen zu Dohna. Am heutigen Morgen wohnt Se. Majestät der Kaiser den Brigaden-Exerzierern der 2. und der 4. Garde-Kavallerie-Brigade auf dem Vornöcker Felde bei und empfing Se. Durchlaucht den Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode und den Präsidenten des Ober-Kriegsraths Dr. Warckhausen.

Se. Majestät der Kaiser genast morgen auf dem Tempelhofer Felde den Übungen der 1. und 3. Garde-Kavallerie-Brigade beizuwohnen und später einer Einladung des Offizier-Korps des 1. Garde-Regiments, Königin von Großbritannien und Irland anlässlich der Feier des Tages von Wars in der zur Frühstücksstunde nach dem Offizier-Kasino zu entsprechen.

Entgegen den Meinungen anderer Mütter hören wir aus guter Quelle, daß die Hochzeit Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Margarethe nicht vor Anfang nächsten Jahres stattfinden und wahrscheinlich während der Festlichkeiten im Januar 1893 gefeiert werden wird.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute die Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend die Durchführung von lebendem Vieh aus Österreich-Ungarn durch das deutsche Staatsgebiet; ferner das Gesetz, betreffend die Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen.

Ein Korrespondenz der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge wird der neue italienische Botschafter in Berlin, Graf Sanna, bereits im Laufe des nächsten Monats seinen Posten antreten. Die Ernennung wird in Berlin mit großer Genugthuung aufgenommen.

Der Wirkliche Geheime Legationsrath Dr. Kähler ist in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte der Kolonial-Abteilung wieder übernommen.

Der Kaiser hat in Anerkennung der auch von den farbigen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika in den Gefechten der Wache im August v. J. bewiesenen Tapferkeit, Entschlossenheit und Umsicht die Krieger-Verdienstmedaille 1. Klasse: den farbigen Offizieren Murgan Effenbi und Oster Effenbi; die Krieger-Verdienstmedaille 2. Klasse: vier farbigen Unteroffizieren und neun Soldaten verliehen. Für ihre in dem Gefechte bei Spill am 1. August v. J. bewiesene Tapferkeit sind mit der Krieger-Verdienstmedaille 2. Klasse vier Soldaten ausgezeichnet worden.

Die Steuerreform bewegt nach der Seite der Staatsrenten in ihrem weiteren Verlaufe vor allem die zur Zeit bestehende ungleiche Besteuerung der verschiedenen Arten funderbten Einkommens im Interesse der Gerechtigkeit zu beilegen und zugleich den Gemeinden diejenigen Steuerquellen ganz freizugeben, welche ihrer Natur nach vorzugsweise für die Heranziehung zur Deckung der kommunalen Aufwendungen sich eignen. Die Grund- und Gebäudesteuer wird zur Zeit neben der Einkommensteuer von dem Einkommen aus Grundbesitz, die Gewerbesteuer von dem Einkommen aus Gewerbebetrieb gleichfalls neben der Einkommensteuer erhoben. Das Einkommen aus Zinsen und Renten vom Kapitalbesitz unterliegt einer solchen Doppelbesteuerung nicht. Der Verlust, die Wäre durch eine Kapitalrentensteuer auszufüllen, ist 1884 festgestellt. Dieser Einkommenszweig ist daher gegenüber dem Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb zur Zeit in Preußen stark bevorzugt, während doch Grundbesitz und Gewerbebetrieb die Lasten der Sozialgesetzgebung zu tragen haben, das Einkommen aber auch hier nahezu frei ausgeht. Grundbesitz und Gewerbebetrieb unter sich sind wieder sehr ungleich belastet. Während die Grund- und Gebäudesteuer auf durchschnittlich 4 Prozent des Reinertrages sich belaufen mag, stellt sich der Höchstbetrag der Gewerbesteuer auf 1 Prozent des Reinertrages, die Vergewerbesteuer aber auf 2 Prozent des Brutto-Produktionswertes. Die Vorbelastung des Grundbesitzes und Gewerbebetriebes wirkt um empfindlicher, als dabei die Schulden außer Rücksicht bleiben, das Verhältnis der Ertragssteuern zum Einkommen sich daher der Verschuldung entsprechend ungünstiger gestaltet. Während der unverschuldete Grundbesitzer oder Gewerbebetreiber neben seiner Einkommensteuer an Ertragssteuern 4 Prozent bzw. 1 Prozent des Reinertrages vom Grundbesitz oder Gewerbebetrieb zu entrichten hat, stellt sich also z. B. bei Verschuldung zur Hälfte der Ertragssteuer auf 8 Prozent bzw. 2 Prozent des Reinertrages. Die Ungerechtigkeit dieser Doppelbesteuerung liegt nicht sowohl in dem Umstande der Doppelbesteuerung selbst, sondern darin, daß sie nicht alle Einkommenszweige gleichmäßig trifft, und einige ganz besonders überlastet, obwohl gerade diese schon von Reide mit öffentlichen Pflichten sehr bedrückt sind. Die Doppelbesteuerung an sich enthält dagegen keine Ungerechtigkeit, wenn sie nur alle Einkommenszweige gleichmäßig trifft und die Einkommensteuer in so weit ergänzt, als das fundierte Einkommen steuerkräftiger ist, als das unfundierte.

Unter dem Ausdruck des Zweifels hatten wir aus russischen Zeitungen die Meldung widergegeben, daß Gen. Rath Krupp beabsichtigt solle, in Rußland ein Zweiggeschäft zu gründen. Wie nach der „Röln. Volksztg.“ Herr Krupp selbst erklärt hat, ist daran kein wahres Wort. Anerbietungen seien ihm allerdings oft gemacht worden, er denke aber garricht daran, denselben zu entsprechen.

In der schwedischen Regierungspresse wird neuerdings die Einberufung eines außerordentlichen Reichstages erörtert, der sich mit der Vertheilungsfrage beschäftigen soll. Es würde sich um die abermalige Vorlage des Gesetzentwurfes über die militärische Übungszeit von 90 Tagen handeln, den der Reichstag zweimal abgelehnt hat; doch mit verschiedenen, die Annahme verweigernden Modifikationen. Die demokratische Presse erklärt dem Kriegsminister, Herrn von Knap, daß ohne die Lösung der Steuerfrage wie ohne erweitertes Wahlrecht von dieser militärischen Verwilligung nicht die Rede sein könne; daneben verurteilt sie ihre schon früher vorbanden gewesen Agitation für die Einberufung eines „Volksreichstages“. Die Hauptaufgabe des diesmaligen Volksreichstages“ würde die Agitation für die Erweiterung des Wahlrechtes sein. Das übrigens diese Bewegung von der ministeriellen wie von der demokratischen Seite mit den neuerlichen Vorgängen in Norwegen

zusammenhängt, bedarf wohl keines besonderen Hinweis.

Wenn das Marken-Schutzgesetz vom 30. November 1874, wie es nunmehr sicher ist, einer Umgestaltung unterzogen werden soll, so wird dabei auch die Frage einer Zentralisation der Marken-Anmeldungen nicht umgangen werden können. Bisher müssen die Warenzeichen bei den auskündigen Gerichten für das Handelsregister des Ortes der Hauptniederlassung der Gewerbetreibenden angemeldet werden. Die Bestimmung hatte mancherlei Uebelstände im Gefolge, vornehmlich den, daß die Gewerbetreibenden, trotzdem die Veröffentlichung aller Warenzeichen im „Reichsanzeiger“ gleichfalls in dem bisherigen Gesetze vorgesehen ist, sich nicht oder doch nur außerordentlich schwer darüber unterrichten konnten, ob eine von ihnen gewählte Marke schon vorhanden war oder nicht. Man hat versucht, dem Uebelstande dadurch abzuhelfen, daß im Auftrage des Reichsanzeigers eine Zusammenstellung aller angemeldeten Warenzeichen herausgegeben wurde und daß diese noch jetzt erscheinende jährliche Fortsetzungen erhielt. Intessen erreichte auch diese Einrichtung kaum ganz das ins Auge gefasste Ziel. Einmal war und ist die Beschaffung dieser Zusammenstellung mit erheblichen Kosten verknüpft, so erheblichen, daß die Befolgung auf das Werk nur spärlich waren und der Staatssekretär des Reichsanzeigers des Innern diese geringe Vertheilung im Reichstage hervorhob. Sodann aber ist, daß das Werk doch nicht amtlich ist, nicht die Gewähr gegeben, daß die Zusammenstellung vollständig ist. Dem würde abgeholfen, wenn eine Zentralstelle für die Anmeldungen der Marken geschaffen und hier eine Markenrolle aufgelegt würde, in welche jeder Interessent Einsicht nehmen kann. Es braucht dazu keine neue Behörde geschaffen zu werden, das Patentamt eignet sich vorzüglich hierzu. Die prinzipielle Frage, ob das Patentamt außer den Patentanmeldungen auch die anderen gegliederten Gegenstände entgegennehmen kann, ist bereits durch Entscheidung, daß in dem Amte eine besondere Abteilung für den Gebrauchsmuster-Schutz eingerichtet ist. Es würde sich also lediglich um die Errichtung einer neuen Abteilung handeln. Die Kosten derselben würden reichlich durch die Ertragssteuergelbstbeiträge gedeckt werden. Nebenfalls wird man der Frage der Zentralisation der Marken-Anmeldungen dann näher treten müssen, wenn man auch die fahrlässige Nachahmung der Warenzeichen unter Strafe stellen will. Denn dann muß man natürlich jedem Gewerbetreibenden ausreichende Gelegenheit geben, über die früheren geschützten Warenzeichen die eingehendste und umfassendste Erkundigung einzulegen zu können.

Für das dem gefallenen Hauptmann von Grabenreuth in Rammern zu errichtende Denkmal sind an Beiträgen bis jetzt 7725,95 Mark eingegangen. Mit Zustimmung der Familie des Verstorbenen ist die Herstellung des Denkmals dem Professor v. Miller, Ergießer in München, übertragen worden. Herr von Miller hatte, dem „D. Kolonialblatt“ zufolge, die Ausführung des Denkmals in der Weise vorgeschlagen, daß sich ein Postament aus kararischer Marmor auf zwei Stufen erheben soll, auf dessen Vorderseite das Medaillon des gefallenen Freiherren von Grabenreuth in Bronze, umgeben von einem Lorbeerkranz in Bronze, angebracht ist. Auf dem Postament ruht in stehender Stellung ein Löwe mit erhobenem Kopfe in die Ferne sehend und mit den Vorderpfoten die deutsche Kriegsflagge schützend, welche sich zum Theil über dem Postamente entfaltet. Das Ganze wird eine Höhe von etwa 3,60 Meter erhalten und daher von weiter Ferne gesehen werden können. Die Ausführung des Denkmals in der vorgeschlagenen Weise durch den Professor von Miller wird ein an Größe und Schönheit dem Verstorbenen wie unserm Vaterlande würdiges Monument schaffen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte im Februar d. J. den Magistrat ersucht, Vorseorge zu treffen, daß in Zukunft die Einführung aus derjenigen neuangekauften Stadtverordneten, deren Wahl durch Einspruch als ungültig aufgehoben ist, bei Beginn derjenigen Periode erfolge, auf welche sie gewählt sind, es sei denn, daß bereits vor Anfang dieser Periode die Stadtverordneten-Versammlung die Wahlen für ungültig erklärt hat. Diefem Beschlusse war der Magistrat beigetreten; es ist demselben jedoch auf den in der Angelegenheit den Oberpräsidenten erstatteten Bericht von dem letzteren mit Genehmigung durch den Minister des Innern der Bescheid geworden, daß die Einführung der neuangekauften Mitglieder so lange ausgesetzt ist, bis die Gültigkeit der Wahlen außer Frage steht. In dem betreffenden Bescheid heißt es dann weiter: „Dieser Aussetzung entspricht nicht nur die Auslegung, welche der 28. der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in einer langjährigen Praxis der Verwaltungsbehörden gefunden hat, sondern namentlich auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom 29. Juni 1888. Wie sich aus dieser Entscheidung des Verwaltungsgerichts ergibt, beruht die Bestimmung im § 28 a. a. D., wonach die auskündigen Stadtverordneten bis zur Einführung der neuangekauften Mitglieder in Thätigkeit bleiben sollen, auf der Absicht, zu verhindern, daß aus Anlaß einer Ersatzungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung ein Zeitraum eintritt, während dessen ein Wahlbezirk in der Versammlung nicht vertreten sein würde. Diese Absicht kann aber nur dann mit Sicherheit erreicht werden, wenn die Einführung der neuangekauften Mitglieder so lange ausgesetzt bleibt, bis die Gültigkeit ihrer Wahl außer Zweifel steht. Denn es leuchtet ein, daß ein einmal ausgeschiedenes Mitglied nicht wieder einberufen werden kann, wenn die Wahl des an seine Stelle getretenen Mitgliedes nach der Einführung desselben für völlig ungültig erklärt wird. Das Verwaltungsgericht hat in der erwähnten Entscheidung sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, wie bei der Auslegung des § 28 darauf keine Rücksicht genommen werden, daß die Lage, nämlich die Nothwendigkeit eines längeren Fortamtrens der nicht wiedergewählten Mitglieder, durch die unveränderte Gesetzgebung, insbesondere durch Einführung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens bei Streitigkeiten über die Gültigkeit der Wahlen, gegenwärtig erheblich ungünstiger geworden, da die Ueberprüfung der 6 Jahre sich öfter auf einen längeren Zeitraum, als bei der an bestimmte, kurze Fristen gebundenen Entscheidung der Regierungen, erstrecken wird.“ Wenn demgegenüber der Magistrat behauptet, daß dem Antrage der Versammlung vom 18. Februar

d. J. zu entsprechen, so muß dieser Bescheid schon aus dem Grunde einem Bedenken unterliegen, weil es an jeder gesetzlichen Grundlage für den Ausnahmefall mangelt, sobald im Uebrigen der Bescheid als dem Gesetze entsprechend anerkannt wird. Der Oberpräsident ersucht hiernach den Magistrat, die Angelegenheit zum Gegenstande anderweiter Beschlußfassung zu machen und ihm über das Ergebnis zu berichten.

Das Berliner Komitee für die Bauschhoff-Sammlungen hat heute eine Sitzung im Rathhause abgehalten. H. Dr. Barth referierte über die bisherigen Ergebnisse der Sammlung. Danach sind bei dem Berliner Komitee ca. 50,000 Mark eingegangen, während die von den anderen Komitees, namentlich in Frankfurt a. M. und Köln, gesammelten Beiträge sich auf etwa 30,000 Mark belaufen, jedoch im Ganzen ca. 80,000 Mark zusammengebracht sind. Einem Kuratorium, welches sich in Köln gebildet hat, hat Bauschhoff, der vollständig gebrochen und seiner Arbeit und Unternehmung mehr fähig ist, die vollständige Verwaltung der für ihn zusammengekommenen Gelder überlassen. Das Berliner Komitee hat nunmehr nach eingehender Debatte den Beschluß gefaßt, die Sammlungen zu schließen, von der Summe von 50,000 Mark zunächst 15,000 Mark für die Abzinsen in Kanten und Umgebungen in Mitleidenschaft gezogenen jüdischen Familien zu verwenden, wobei Ober-Rathhauer Dr. Dorowitz-Krefeld die Vertheilung übernehmen wird, und die dann noch verbleibenden ca. 35,000 Mark, sowie die etwa jetzt noch einlaufenden Gelder dem Berliner Kuratorium zur Verwaltung resp. weiteren Verwendung zu überweisen.

Der Emir von Afghanistan, Abdurrahman Khan, hat der anhaltenden Regierung den Entschluß zur Führe gesagt, und ostendiert noch in sehr ungeschölicher Weise. Er lehnte den Empfang einer englischen Spezialmission in Kabul mit dem Bemerkten ab, daß ihm die auskündigen Hazaras und andere Rebellenkämme zu viel zu schaffen machten, als daß er sich mit anderweitigen Dingen je beschäftigen könne. Im Allgemeinen ist dies nicht die Sprache, welche der Schwächere gegenüber dem Stärkeren, oder der Abhängige gegenüber dem Unabhängigen zu führen pflegt. Man hat daher guten Grund zu der Annahme, daß Abdurrahman Khan durch sein Verhalten den Beweis liefern wollte, wie sehr er sich dem englischen Gängelbande bereits entziehen fühlt. Wenn der Befehlshaber Afghanistans wirklich auf eigenen Füßen stehen könnte, so wäre es immer noch angänglicher, ihn seinem eigenen Schicksal zu überlassen, allein auf der Grenzscheide der anhaltenden und russischen Machtsphäre gewinnt der Fall ein ganz anderes Aussehen und die Muthmaßung drängt sich auf, daß Abdurrahman im gegebenen Falle vielleicht weniger für eigene denn für die Rechnung eines dritten Auftraggebers handelt, und bezüglich des letzteren weisen schon seit geraumer Zeit alle orientirenden Fäden nach Petersburg. Auch wenn man nicht der Ansicht der „Times“ ist, daß eben das Auftreten der Russen in den Pamirgegenden ein völlig neues Moment in die Situation Afghanistans, überhaupt des kontinentalen Asiens, einführt, so kann doch angegeben werden, daß die Dinge sich jetzt in Asien in einer nach dortiger Anschauung sehr raschen Entwicklung befinden, und daß es nicht schaden könnte, wenn England sich dort etwas weniger passiven Rolle beifügen möchte. Es ist deshalb nicht gleich nöthig, das Bild einer bewaffneten Einmischung in die afghanischen Dinge im Hintergrunde erscheinen zu lassen; dieses Heilmittel könnte in seinen Folgen ärger sein als das Uebel selbst. Aber eine strafbare Anziehung des Jähgers der englischen Politik in Afghanistan würde von Abdurrahman jedenfalls leichter verstanden und richtiger tozt werden als das jegige Laviren, was statt zur Klärung, nur zur Verwirrung der Lage in Mittelasien führen kann.

Zum Streit in der konservativen Partei liegt heute eine Erklärung des Reichstags-Abgeordneten von Maffow-Vohr in der „Kreuzztg.“ vor, in der es heißt:

Die konservativen Fraktionen des preussischen Landtages haben in dankenswerther Weise das ihre gethan. Im Herrenhause hat Herr v. Hellbreich aus der konservativen Fraktion ausgesprochen, daß die Konservativen im Abgeordnetenhaus haben ihm ein so unzweideutiges Mißtrauensvotum gegeben, daß er dadurch des Vorstands im Eifer-Ausschuß als auch der Leitung der konservativen Presse verlustig ging. Was Herrn von Hellbreich voransteht hat nach diesen Erklärungen nicht aus dem Vorstand der konservativen Fraktion des Reichstages zu scheiden, ist uns unerfindlich. Vielleicht trägt die Fraktion selbst die Schuld, da sie bis jetzt in der Frage der Parteibewegung nicht gesprochen hat, und daß dies nicht geschehen, beklagen wir tief und bringen dies hiermit öffentlich zum Ausdruck. Ein Mitglied der konservativen Fraktion des Reichstages hat dem Vorliegenden derselben, Herrn Herrn. von Mantensel, den schriftlichen Antrag eingereicht, die Fraktion des Reichstages sofort zur Besprechung und Beschlußfassung in obiger Angelegenheit zusammenberufen. Herr v. Mantensel hat diesen Antrag dem bisherigen Vorstand der Fraktion unterbreitet, und hat derselbe mit drei gegen zwei Stimmen beschlossen, eine Fraktionsbesprechung nicht einzuberufen, die Sache vielmehr bis zum Spätherbst zu vertagen. Uns sind die Namen derjenigen Herren, welche gegen den Antrag stimmten, sehr wohl bekannt; wir sind der Ansicht, daß sie der konservativen Partei keinen Dienst erwiesen haben. Die Fraktion, welche jetzt in der Mitte glänzt, hätten vielleicht durch eine baldige Erzielung der Angelegenheit gelöst werden können, jetzt werden sie im Herbst mit elementarer Gewalt in helle Flammen hervorgebrochen, und diejenigen verzeihen, welche sich ihnen in den Weg stellen. Wir wollen dabei nicht die Frage erörtern, wieweit der bisherige Vorstand der konservativen Fraktion berechtigt war, einen derartigen Beschluß zu fassen. Der Vorstand wird für die Dauer der Session gewählt, mit Schluß derselben läuft das Mandat ab, und was bis zum Beginn der neuen Session geschehen muß, anzuordnen und zu erledigen ist, findet in der Person des Vorstehenden der Fraktion (Freiherrn v. Mantensel) seine rechtliche Vertretung. ... Das Resümee unserer Betrachtungen ist kurz folgendes: Die reinigende Bewegung in der Partei dauert fort, und sie wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die

Einmüthigkeit, Festigkeit und Selbständigkeit der Partei wieder hergestellt sind, die allein der selben im Lande und im politischen Leben Bedeutung und Anerkennung verschaffen können.

Die „Statistische Korrespondenz“ bringt Daten über die Zunahme der katholischen Orden und Kongregationen in Preußen während des Jahres 1891. Am 31. Dezember 1890 waren 1027 Niederlassungen mit insgesamt 11,217 Mitgliedern vorhanden; ihre Zahl stieg bis zum Schlusse des Jahres 1891 auf 1094 Niederlassungen mit 12,152 Mitgliedern. Sowohl die Niederlassungen wie die Mitglieder derselben vermehren sich weit stärker als die Volkszahl, welche jährlich im Durchschnitt um wenig mehr als ein Prozent wächst.

Eine wunderliche Geschichte erzählt das „Wiener Neue Tagblatt“. Es erzählt aus Konstantinopel, Prinz Alexander von Battenberg habe 1886 Serbien und Griechenland ein Bündnis zur Vertheidigung Mazedoniens von der Türkei angetragen und auch bei der rumänischen Regierung einen gleichen Antrag gestellt. Letztere lehnte das Anerbieten mit der Bemerkung ab, daß die Türkei ihr natürlicher Bundesgenosse gegen Rußland sei. Einen ähnlichen Bescheid habe im Vorjahre Triest erhalten, worauf letzterer gleichfalls den Plan eines Balkanbundes fallen ließ.

Wie wir aus dem Berichte der Bremer Handelskammer für 1891 erfahren, hatte diese Handelskammer an den Herrn Reichsanwalt eine Vorstellung gerichtet, in welcher die Annahme dreiprozentiger Staatschuldscheine zum vollen Neumwerthe als Sicherheit für Forderungen ähnlich wie es bei der Hinterlegung von Sicherheiten für die Brauereien und Zuckerfabriken der Fall sei, befürwortet wurde. Der Bundesrath hat diese Eingabe jedoch ablehnend beschieden.

**Posen, 15. August.** Oberst Wendrich wurde zum Generalinspekteur sämtlicher Bahnen in Rußland ernannt.

**Hamburg, 15. August.** (W. T. Z.) Nach einer Meldung der „Hamburgischen Börsenhalle“ aus Liverpool ist die neue Bark „Abraxian“ in der vergangenen Nacht, als sie von Greenock nach Liverpool fuhr, in Folge eines Sturmes bei der Insel Man gescheitert. Die aus 17 Mann bestehende Mannschaft des Schiffes ist ertrunken.

**Bremen, 15. August.** Bei dem internationalen Wettswimmen wurde Rußland vom Berliner Klub „Vorwärts“ deutscher Meister. Schwimmer für eine 1500 Meterstrecke, mit einem neuen deutschen Rekord von 26 Minuten 52 1/2 Sekunden.

**P. A. Speier, 14. August.** Mit der 6. General-Versammlung des „Evangel. Bundes“ zu Speier (12. bis 15. September) wird der Kongress der „Evangel. Arbeitervereine“ verbunden sein. An Vorträgen für denselben sind bis jetzt vorgesehen: 1. Missionen eines Friedensprogramms (Parrer Weber, Gladbach). 2. „Die evangel. Arbeitervereine, eine Stille der Kirche.“ (Werth). Des weiteren haben der Vorstand der Stadtmission Kaiserslautern, Dandner, und Graf Wisingerode Insprachen zugesagt. Am Protestationsfestscheube findet gegenwärtig die Kriesstellung der größtenteils bereits vollendeten Fundamentmauern statt.

## Schweiz.

**Basel, 15. August.** Die Bevölkerung des Kantons St. Gallen hat das Zivilbestellungs-gesetz mit unentgeltlicher Beibehaltung und Erhaltung zur Lebensverbesserung vernünftlich aus religiösem Bedenken mit 18,745 gegen 16,709 Stimmen verworfen.

## Niederlande.

**Haag, 15. August.** Eine Manifestation des Landes zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts wird für den 18. September hier vorbereitet; Delegationen aus allen Städten sollen theilnehmen.

## Belgien.

**Brüssel, 15. August.** Der Bergarbeiterkongress zu Frameries beschloß einstimmig den allgemeinen Rußland zu beginnen, sobald die Konstituante nicht das unbeschränkte allgemeine Stimmrecht annimmt.

## Frankreich.

**Paris, 15. August.** (W. T. Z.) Der „Economet“ veröffentlicht eine Erklärung des eifrigenen Piarres Jacot, worin derselbe die von einem hiesigen Blatte wegen der Schrift: „Professaires“ gegen ihn gerichteten Angriffe auf das Entschieden zurückweist. Jacot erklärt, er thue nur, was seine Pflicht als Richter sei, der für Deutschland optirt habe, und hoffe, die Verurteilung der Gemüther in Elsch-Vorbringen zu erreichen zum Wohle der Kirche und des Reichthums.

**Paris, 15. August.** Es herrscht Erregung in den hiesigen politischen Kreisen wegen der Haltung des Sultans gegenüber Stambulow und der demselben angeblich gemachten Zusage einer baldigen Vertheilung des Fürsten Ferdinand und die dadurch wieder aufgeweckte Orientfrage. Die Presse führt theilweise eine sehr heftige Sprache; sie warnt den Dreieck vor der Gefahr, welche die Vertheilung herbeiführen würde.

## Großbritannien und Irland.

**London, 15. August.** (W. T. Z.) Gladstone ist heute Mittag nach Osborne abgereist. Zuverlässige Nachrichten über die Zusammenfassung des Kabinetts sind erst nach der Abreise Gladstones bei der Königin zu erwarten, als sicher wird bis jetzt nur angesehen, daß Gladstone erster Lord des Schatzkammern, Lord Harcourt Schatzkammer, John Morley Minister für Irland, Bonnamann Kriegsminister, Lord Herchell Vorparlament wird und daß Fowler das Präsidium des Lokal-Regierungsamts übernimmt.

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 14. August.** Das Blatt „Nya Dagbl. Allehanda“ erklärt in Veranlassung einer Mittheilung der „Norrköpings Tidende“, im Oktober solle in Veranlassung der Vertheilungsfrage ein außerordentlicher Reichstag einberufen werden, auf solches „Geschreibsel“ nicht näher eingehen zu wollen; denn es glaube mit Bestimmtheit zu wissen, daß über diese Frage nach der Rückkehr des Königs aus Norwegen im Staatsrath nicht einmal verhandelt, geschweige

daß dieselbe definitiv abgemacht sei. Der Reichstag minister und der Finanzminister hätten nur von dem Könige den Auftrag erhalten, die vorbereiteten Arbeiten für eine Aemter-Reorganisation bis zum Herbst fertig zu stellen.

## Rußland.

Einer der Stadttheile Petersburgs, auf einer Insel des Neva-Deltas gelegen, führt den Namen Wassily-Strow. Es scheint nun, daß es um das Sanitätswesen dieses Vorortes, namentlich auch die wissenschaftlichen Institute, die Universität, die Akademie der Wissenschaften, die Kunstakademie u. s. w. umfassenden Stadttheiles sehr schlimm bestellt ist. Ein Peterburger Fachblatt für öffentliche und private Hygiene, das „Sanitarneje Djeło“, bringt folgende Notiz:

„Das Hauptverderb der Wasserleitung von Wassily-Strow entnimmt sein Wasser aus der Neva an einer Stelle, wo dicht daneben sowohl als auch etwas Stromabwärts die Fäkalien von fünfzehn Straßen Wassily-Strows in den Strom abgeleitet werden.“

Zu dieser erstaunlichen Meldung schreibt die „Nowoje Wremja“: „Es scheint, der Ruß liebt kein reines Wasser, wie er auch keinen Wald liebt, Wald und Gärten schlägt er sofort nieder, verwüßt sie, und die Flüsse verunreinigt er. Und so geschieht es nicht nur in irgend welchen entfernten Gegenden, sondern sogar in der Residenz selbst. In die Fontaine und die Kanäle werden sämtliche Unreinigkeiten abgeleitet, als wären diese (flugsartigen) Kanäle speziell bestimmt zur Aufnahme dieser Unreinigkeiten, jetzt aber stellt sich sogar heraus, daß eben dasselbe auch mit der Neva selbst geschieht. Es ist das in der That eine Minderwürdigkeit sonder Gleichen! Da wundern sich die Bewohner von Wassily-Strow noch, weshalb auf dieser Insel, wo, wie man meinen sollte, die Lebensbedingungen durchaus günstig sind, beständig Typhus und verchiedene ansteckende Krankheiten herrschen. Was aber noch besser ist: der kommunale Verwaltung der Residenz ist die Nachbarschaft der in die Neva ausströmenden Kanalisationskanäle mit dem Ruf: „erhöht der Wasserleitung sehr wohl bekannt, dennoch aber bildet sie solche schreckliche Ungeheuer. Freilich hatte dieselbe kommunale Verwaltung in Aussicht genommen, die Wasserleitung auf der Gatschew-Insel, also gerade auf dem Sammelplatze aller fäkalischen Abfälle zu errichten.“

**Petersburg, 15. August.** (W. T. Z.) Gestern kamen hier 12 Gylaratsbesuche vor. Die Königin von Griechenland ist gestern ins Ausland abgereist.

## Bulgarien.

**Sofia, 15. August.** (W. T. Z.) Der Ministerpräsident Stambulow ist gestern von seiner Reise nach Konstantinopel hierher zurückgekehrt und vom Prinzen Ferdinand empfangen worden. Stambulow wohnte Stambulow dem Diner bei, welches im Palais zu Ehren des Jahrestages der Proclamation der Regierung durch den Prinzen Ferdinand stattfand. Ueber den Verlauf der Rückreise Stambulows meldet die „Agence Valcanique“, bei seiner Abfahrt von Konstantinopel sei der Ministerpräsident von einer Ehrenwache zum Bahnhof geleitet worden, wo der Sultan ihm durch den Palastkellner eine glückliche Reise wünschend tief. Auf allen Stationen der türkischen Strecke sei Stambulow mit militärischen Ehren begrüßt worden. In Adrianopel habe sich zur Begrüßung Stambulows der Generalstabschef des Majlats eingefunden.

## Amerika.

**Newyork, 15. August.** (W. T. Z.) Ein Telegramm aus Buffalo von heute besagt: Auf den Bahnen sind heute drei neue Feuerbrünste ausgebrochen. Zwei Expresszüge, die nach Newyork gehen sollten, mußten angehalten werden, weil dieselben einen brennenden Zug nicht passieren konnten. 42 Wagen der Erie-Eisenbahn mit Waren nach Cheftowaga sind gestern von dem Streikenden in Brand gesteckt worden.

**Newyork, 15. August.** (W. T. Z.) Nach aus Buffalo vorliegenden Nachrichten sind die Weichensteller der Newyork- und Lake-Erie-Eisenbahn und der Vespigh-Balle-Eisenbahn am vergangenen Sonnabend in den Ausfall eingetreten und haben ernste Aufbesserungen beantragen. Die Streikenden stecken die Warenwagen der Vespigh-Balle-Eisenbahn in Brand, wobei gegen 20 mit Baumwolle und anderen Waren angefüllte Waggons in Flammen aufgingen. Gleichzeitig brachten die Streikenden mehrere Waggons zum Unsturz, verstellten die Weichen, verjagten die Beamten der Bahn und verwundeten mehrere, welche sich zur Wehr setzten. Zur Verhütung weiterer Ausbreitungen werden jetzt die Waren-niederlagen an der Eisenbahn von Polizeibehörden bewacht.

## Die Cholera-Krawalle in Rußland.

**Petersburg 10. August.** In die verschiednen Städte der Wolga-Gouvernements, die durch die Cholera und die blutigen Cholera-Krawalle schwer gelitten haben, ist allmählig wieder mehr Ruhe eingezozen, seitdem die furchtbare Seuche dort zu weichen begonnen und die Sterblichkeit unter den Erkrankten abgenommen hat; aber noch sehr lange wird es dauern, bis sich dort der völlig darniederliegende Handel wieder erholen wird. Den schwersten Stoß in dieser Beziehung erhielt Rußland durch das Zusammenfallen der alljährigen Messe in Nischni Nowgorod mit dem Ausbrechen der Cholera dafelbst. Die jetzt von dort laut werdenden Gerüchte, es sei nicht so schlimm, die Seuche, die überhaupt nur in mittlerer Form aufgetreten, sei bereits wieder im Schwinden z. z., werden schwermüthig die vielen bisher von Nischni ferngebliebenen russischen Kaufleute und noch viel weniger die sonst regelmäßig eintreffenden ausländischen Händler veranlassen, nachträglich nach Nischni zu eilen, zumal sich auch bereits Moskau verleiht und es sich wohl nur noch um wenige Tage handeln kann, bis auch aus Petersburg Rülle von asiatischer Cholera zu melden sein werden. Mit einer Partie Deportirter, die über Kasan aus dem Gebiet der Donischen Kosaken und dem Gouvernment Woroneß in das große Moskauer Sammelgepännis eingeliefert wurden, ist, wie gemeldet, die Cholera nach Moskau verschleppt worden. Sie brach zuerst unter den Franzen



Berlin, den 15. August 1892.  
**Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.**  

Deutsche v. Lut.	4 1/2%	107 30 B	Schl.-Hilf.-Bl.	4 1/2%	96,70 B	
do.	3 1/2%	110,0 0 B	Westfäl.	do.	4 1/2%	109 50 B
Pr. Genof.	4 1/2%	117,0 5 B	do.	do.	3 1/2%	97,40 B
do.	do.	3 1/2%	110,00 80 B	Westf. ritterf.	3 1/2%	97,00 B
Preuß. Staat	4 1/2%	101 30 B	Bayerr. Rdb.	4 1/2%	— —	

[illegible]

de. Papier-Bl. 4 1/2 %	—	Ger. d. 1845-1846 5 %	81 10 0
de. 1846-1847 5 %	—	de. 1846-1847 5 %	81 10 0
de. 1847-1848 5 %	—	de. 1847-1848 5 %	81 10 0
de. 1848-1849 5 %	—	de. 1848-1849 5 %	81 10 0
de. 1849-1850 5 %	—	de. 1849-1850 5 %	81 10 0
de. 1850-1851 5 %	—	de. 1850-1851 5 %	81 10 0
de. 1851-1852 5 %	—	de. 1851-1852 5 %	81 10 0
de. 1852-1853 5 %	—	de. 1852-1853 5 %	81 10 0
de. 1853-1854 5 %	—	de. 1853-1854 5 %	81 10 0
de. 1854-1855 5 %	—	de. 1854-1855 5 %	81 10 0
de. 1855-1856 5 %	—	de. 1855-1856 5 %	81 10 0
de. 1856-1857 5 %	—	de. 1856-1857 5 %	81 10 0
de. 1857-1858 5 %	—	de. 1857-1858 5 %	81 10 0
de. 1858-1859 5 %	—	de. 1858-1859 5 %	81 10 0
de. 1859-1860 5 %	—	de. 1859-1860 5 %	81 10 0
de. 1860-1861 5 %	—	de. 1860-1861 5 %	81 10 0
de. 1861-1862 5 %	—	de. 1861-1862 5 %	81 10 0
de. 1862-1863 5 %	—	de. 1862-1863 5 %	81 10 0
de. 1863-1864 5 %	—	de. 1863-1864 5 %	81 10 0
de. 1864-1865 5 %	—	de. 1864-1865 5 %	81 10 0
de. 1865-1866 5 %	—	de. 1865-1866 5 %	81 10 0
de. 1866-1867 5 %	—	de. 1866-1867 5 %	81 10 0
de. 1867-1868 5 %	—	de. 1867-1868 5 %	81 10 0
de. 1868-1869 5 %	—	de. 1868-1869 5 %	81 10 0
de. 1869-1870 5 %	—	de. 1869-1870 5 %	81 10 0
de. 1870-1871 5 %	—	de. 1870-1871 5 %	81 10 0
de. 1871-1872 5 %	—	de. 1871-1872 5 %	81 10 0
de. 1872-1873 5 %	—	de. 1872-1873 5 %	81 10 0
de. 1873-1874 5 %	—	de. 1873-1874 5 %	81 10 0
de. 1874-1875 5 %	—	de. 1874-1875 5 %	81 10 0
de. 1875-1876 5 %	—	de. 1875-1876 5 %	81 10 0
de. 1876-1877 5 %	—	de. 1876-1877 5 %	81 10 0
de. 1877-1878 5 %	—	de. 1877-1878 5 %	81 10 0
de. 1878-1879 5 %	—	de. 1878-1879 5 %	81 10 0
de. 1879-1880 5 %	—	de. 1879-1880 5 %	81 10 0
de. 1880-1881 5 %	—	de. 1880-1881 5 %	81 10 0
de. 1881-1882 5 %	—	de. 1881-1882 5 %	81 10 0
de. 1882-1883 5 %	—	de. 1882-1883 5 %	81 10 0
de. 1883-1884 5 %	—	de. 1883-1884 5 %	81 10 0
de. 1884-1885 5 %	—	de. 1884-1885 5 %	81 10 0
de. 1885-1886 5 %	—	de. 1885-1886 5 %	81 10 0
de. 1886-1887 5 %	—	de. 1886-1887 5 %	81 10 0
de. 1887-1888 5 %	—	de. 1887-1888 5 %	81 10 0
de. 1888-1889 5 %	—	de. 1888-1889 5 %	81 10 0
de. 1889-1890 5 %	—	de. 1889-1890 5 %	81 10 0
de. 1890-1891 5 %	—	de. 1890-1891 5 %	81 10 0
de. 1891-1892 5 %	—	de. 1891-1892 5 %	81 10 0
de. 1892-1893 5 %	—	de. 1892-1893 5 %	81 10 0
de. 1893-1894 5 %	—	de. 1893-1894 5 %	81 10 0
de. 1894-1895 5 %	—	de. 1894-1895 5 %	81 10 0
de. 1895-1896 5 %	—	de. 1895-1896 5 %	81 10 0
de. 1896-1897 5 %	—	de. 1896-1897 5 %	81 10 0
de. 1897-1898 5 %	—	de. 1897-1898 5 %	81 10 0
de. 1898-1899 5 %	—	de. 1898-1899 5 %	81 10 0
de. 1899-1900 5 %	—	de. 1899-1900 5 %	81 10 0
de. 1900-1901 5 %	—	de. 1900-1901 5 %	81 10 0
de. 1901-1902 5 %	—	de. 1901-1902 5 %	81 10 0
de. 1902-1903 5 %	—	de. 1902-1903 5 %	81 10 0
de. 1903-1904 5 %	—	de. 1903-1904 5 %	81 10 0
de. 1904-1905 5 %	—	de. 1904-1905 5 %	81 10 0
de. 1905-1906 5 %	—	de. 1905-1906 5 %	81 10 0
de. 1906-1907 5 %	—	de. 1906-1907 5 %	81 10 0
de. 1907-1908 5 %	—	de. 1907-1908 5 %	81 10 0
de. 1908-1909 5 %	—	de. 1908-1909 5 %	81 10 0

Aus den Provinzen.

do. Leipzig-III.	73	—
do. Leipzig-IV.	%	—
do. Lit.-A.	%	—
Dorffeld, L.D.	3%	—
do. — „	%	—
Easabahn	3½%	—
East-Landung	4½% 85 80	—
Gerhard & Co.	4%	—
do. conv.	5%	—
Gronprinz-Windob.	—	—
„ — „	4%	86 90 1/2
Hannover-Ealy-	—	—
tumercant	4%	106 70
Oest. Franz-Eis.	—	—
alte gar.	3%	78 50 1/2
Oest. Franz-Eis.	—	—
1868 gar.	3%	75 15 1/2
Oest. Bergbauungs-	—	—
nach gar.	3%	75 50 1/2
Oest. Franz-Eis.	6%	101 10
do. do. Balz-Verf.	100 60 1/2	—
Unifert. Bahn	—	—
(Komb.)	5%	63 02 1/2
Ungarische Ndb.	—	—
I. (Grafenfeld)	5%	—
II. — „	5%	—
Bresl. Wagn.	6%	96 90
Waggon-Klozw.	—	—
do. ir. Elver.	5%	—
Wart.-Kremnitz-G.	5½%	—
do. do. H.V.	5½%	—

  

<b>Hypotheken-Certificate.</b>	
Augsb. Grund-VB.	—
do. obg.	3½% 98 75
Augsb. Grund-VB.	—
Br. d. Vr. Gc.	—
do. 8. J. (100) 4%	101 00 1/2
do. Ser. II. (100) 4%	101 60 1/2

Aus den Bädern.

[illegible]

### Vermischte Nachrichten.

(rs. 110)      5%      119 65 3/4      do. do.      (rs. 110)      4 1/2%      109 00 3/4 do.      4%      107 50 3/4      do. do.      (rs. 110)      4%      101 00 3/4 (rs. 100)      5%      107 50 3/4      do. do.      (rs. 110)      4%      100 5 1/2																						
<b>Bank-Papiere</b>																						
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> <p>Div. v. 1891.</p> <table> <tr> <td>Ht. f. Pr. Red. f.</td> <td>—</td> <td>68,00 3/4</td> </tr> <tr> <td>Gertine f. f. f. f. f.</td> <td>—</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>do. f. f. f. f. f.</td> <td>146 25 1/2</td> <td>—</td> </tr> </table> </div> <div> <p>Div. v. 1891</p> <table> <tr> <td>Disk. Genossenschaft.</td> <td>8</td> <td>119,76 3/4</td> </tr> <tr> <td>Disk. Komm. 11</td> <td>156 53 1/2</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>Breudner Bank 10</td> <td>148 50 0</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>Nationalbank.</td> <td>8</td> <td>119 25 1/2</td> </tr> </table> </div> </div>		Ht. f. Pr. Red. f.	—	68,00 3/4	Gertine f. f. f. f. f.	—	—	do. f. f. f. f. f.	146 25 1/2	—	Disk. Genossenschaft.	8	119,76 3/4	Disk. Komm. 11	156 53 1/2	—	Breudner Bank 10	148 50 0	—	Nationalbank.	8	119 25 1/2
Ht. f. Pr. Red. f.	—	68,00 3/4																				
Gertine f. f. f. f. f.	—	—																				
do. f. f. f. f. f.	146 25 1/2	—																				
Disk. Genossenschaft.	8	119,76 3/4																				
Disk. Komm. 11	156 53 1/2	—																				
Breudner Bank 10	148 50 0	—																				
Nationalbank.	8	119 25 1/2																				

[illegible][illegible]

Stettiner Nachrichten.

do. 3 Monat	3%	80,90 s
Edlen Deherr. 20 S. Kage.	4 1/2%	176,60 s
do. 3 Monat	4 1/2%	80,90 s
do. 3 Monat	4 1/2%	81,85 s
Italienische Wäpfe 10 Kage	5 1/2%	205,25 s
Petersburg 3 Wochen	6%	207,00 s
do. 3 Monat	6%	207,00 s
Russische 5 Kage	6%	205,70 s

**Gold- und Papiergeld.**

Dankten per Stück	9,76 1/2	Engl. Banknoten	204 1/2 s
Gouverains	20,30 s	Port. Banknoten	181,00 s
10 francs per Stück	15,25 s	Deherr. Banknoten	71,50 s
Dollar	—	Russl. Noten	205,95 s







